



**Niederschrift
zur 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Ausschusses Kultur, Tourismus und
Landesgartenschau der Stadt Zossen**

Sitzungstermin: Dienstag, den 06.01.2009

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:40 Uhr

Ort, Raum: Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,
Marktplatz 20, 15806 Zossen

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Carsten Preuß

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Rainer Reinecke

Herr Reinhard Schulz

Herr Rainer Zurawski

Protokollantin

Frau Evelyn Diebert

Gäste

Herr Sven Baranowski

Bürger

Herr Fred Hasselmann

Herr Wilfried Käthe

Herr Konrad Tschorn

Stadtverordneter

D. Grahl, M. Grahl

MAZ

Stadtverordneter

Stadtverordneter

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende, Herr Preuß, eröffnet die Sitzung. Besonders begrüßt er Herrn Zurawski neu im Ausschuss.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Preuß stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 4 Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

zu 4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 18.11.2008**

Über die Niederschrift wurde wie folgt abgestimmt: 3 / 0 / 1

zu 5 **Bericht aus der Verwaltung**

Es liegt kein Bericht vor.

zu 6 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Dr. Reinecke:

Warum gibt es keinen Bericht aus der Verwaltung, wenn die Verwaltung selbst Anträge einreicht? Gibt es eine Begründung?

Herr Preuß:

Wir können nur unseren Unmut zum Ausdruck bringen. Ändern können wir es nicht.

zu 7 **Einwohnerfragestunde**

Herr Haenicke:

Worum handelt es sich hier bei Corporate Design?

Herr Preuß:

Letztes Jahr haben wir im Haushalt eine Summe eingestellt. Touristische Flyer, städtische Medien, alles was die Stadt herausgibt, sollte eine einheitliche Richtlinie erhalten. Wir wollten wissen, was daraus geworden ist. Was Herr Jürs uns vorgestellt hat, entspricht nicht einem Corporate Design. Wir hoffen hier Weiteres zu erfahren.

Herr Baranowski:

Wie halten wir es mit dem Rederecht?

Herr Preuß:

Wir sind nicht so viele. Gestehe allen das Rederecht zu.

zu 8 **Beratung über die Betreibung des Strandbades Wünsdorf**

Herr Preuß:

Wir erwarten einen Bericht aus der Verwaltung über die Auswertung des vergangenen Jahres zur nächsten KTL-Sitzung. Wir benötigen Erfahrungen und Bewertungen zur Entscheidungsgrundlage.

Herr Zurawski:

Der Ortsbeirat Wünsdorf hat im letzten Jahr öfter zu diesem Thema zusammen gesessen. Es gab verschiedene Betreiber. Damit bei allen die gleichen Voraussetzungen vorliegen, sollte Herr Nowy in diesem Jahr das Strandbad noch mal betreiben. Danach sollten wir uns dann entscheiden. Herr Nowy hat die Zusage, dass er die Betreibung dieses Jahr bekommt.

Herr Preuß:

Aus dem Bericht aus der Verwaltung vom 18.11.08 geht das nicht hervor.

Herr Schulz:

Der Ortsbeirat Wünsdorf und die Verwaltung sollten eine Zuarbeit machen, damit wir dann entscheiden können.

Herr Tschorn:

Der Vorschlag kam von der Bürgermeisterin, so zu verfahren. Die Empfehlung der Bürgermeisterin sollte Grundlage sein.

zu 9 Vorstellung Corporate Design

Herr Preuß eröffnet den TOP und schließt ihn gleich wieder. Die Zuarbeit der Verwaltung fehlt.

zu 10 LEADER-Projekte (Weg am Nottekanal, Mitgliedschaft LAG, künftige Projekte)

Herr Preuß:

Wir hatten in der Vergangenheit Projektvorschläge auf der Tagesordnung gehabt und auch formuliert. Es wurde durch die Verwaltung daran aber nicht weitergearbeitet. Die SPD-Frage war, ob die Stadt Zossen die Mittel aufbringt zur lokalen Aktionsgruppe rund um die Flämingskate. Die Stadt hat wohl die Mittel nicht bezahlt. Herr Wilbrand hatte behauptet, die Mittel sind bezahlt. Er legt seine Hand dafür ins Feuer. Herr Schulz wollte sich erkundigen.

Herr Schulz:

Kann dazu keine Aussage machen. Frau Müller war nicht zu erreichen. In der letzten SVV wurde dieser Beschluss gefasst. Wenn das nicht geschehen ist fügt die Stadt allen Ortsteilen erheblichen Schaden zu. Dann muss das Konsequenzen haben.

Herr Preuß:

Es betrifft nicht nur Projekte der Stadt, sondern auch Vereine und Private. Wir erwarten auch Auskunft von der Verwaltung, wie die Finanzierung des Nottekanalweges erfolgen soll. 2005 wurde darüber beschlossen. Projekte sind jetzt nach der neuen Leader-Richtlinie bewilligt worden. Es gibt eine Differenz in den Fördermitteln. Wir sollten von der Verwaltung Auskunft erhalten, wie die Differenz gedeckt werden soll. Müssen für das Projektentwicklungsbüro auch Gelder gezahlt werden? Über die GAG Klausdorf würden wir das kostenlos erhalten.

Herr Tschorn:

Finde den Gedanken gut. Der Kreis hat mit der GAG Klausdorf eine Vereinbarung abgeschlossen. Ich weiß, dass der Kreis bezahlt. Es besteht dort eine Geschäftsvereinbarung.

zu 11 Beratung von Beschlussvorlagen

**zu 11.1 Nutzungskonzept Bahnhofsgebäude Zossen
Vorlage: 159/08**

Beschlussvorschlag:

1. Das anliegende Konzept zur Umnutzung des Bahnhofsgebäudes wird bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung erforderlichen Schritte einzuleiten.

oder

2. Das anliegende Konzept zur Umnutzung des Bahnhofsgebäudes wird mit den aus dem Protokoll ersichtlichen Änderungen bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung erforderlichen Schritte einzuleiten.

Herr Tschorn:

Ich war verwundert, dass wir aus der Presse die erste Mitteilung darüber erhalten haben. Erstaunt bin ich über die Kosten. Das ist ein unfairer Umgang mit uns. Bei der Kita hat die Bürgermeisterin mich gefragt, wo sie das Geld hernehmen soll. Das Projekt selbst ist nicht schlecht. Fraglich ist, ob es in 2009 zu finanzieren ist.

Herr Zurawski:

Unsere Aufgabe ist es, sich über das Projekt zu unterhalten. Die Finanzierung ist Sache des Finanzausschusses.

Herr Schulz:

Wir müssen uns nach Prioritäten richten. Die Beschlussvorlage ist reichlich vage. Konzepte sollte man uns schon vorstellen. Wie sind die Einnahmen beim Rucksackhotel? Unsere Aufgabe ist es die Voraussetzung zu schaffen. Die private Wirtschaft muss rangeholt werden. Diese hat ganz andere Möglichkeiten Fördermittel zu beantragen.

Herr Zurawski:

Die Stadt stellt das Gebäude zur Verfügung und vermietet es dann.

Herr Schulz:

Die Stadt ist zu schnell. Heute kann uns niemand eine Auskunft geben. Bevor ich nicht eine Haushaltszahl gesehen habe, kann ich nicht zu stimmen.

Herr Zurawski:

Ich sehe die Realisierung 2009 auch nicht.

Herr Baranowski:

Heute soll ja noch nicht entschieden werden.

Herr Dr. Reinecke:

Beschlussvorlage soll am 21.1. in der SVV entschieden werden. Ich finde das Konzept inhaltlich in Ordnung. Man kann es als Grundlage nehmen, um sich weitere Gedanken zu machen. Die Stadt dürfte sich nur solche Objekte kaufen, die zur Arbeit von Gemeindeaufgaben dienen. Es entstehen durch die Gebäude auch Folgekosten. Wie soll die Refinanzierung erfolgen? Diese Sache soll sich wirtschaftlich rechnen. Es sollte eine Wirtschaftlichkeitsrechnung vorgelegt werden. Wir müssen erst die Eckzahlen des Haushaltes 2009 haben.

Herr Käthe:

Warum machen Sie sich das so schwer? Trennen Sie doch die Sache. Das Gebäude soll doch vermietet werden. Wie wollen Sie die Wirtschaftlichkeit errechnen? Die Stadt will doch wissen, ob sie in die bautechnische Phase eintreten kann.

Herr Schulz:

Die Wirtschaftförderung wurde beauftragt Konzepte zu erstellen zur Betreuung des Gebäudes, z. B. das Rucksackhotel. Der Betreiber müsste uns sagen, wie er es betreiben will. Für jeden Kredit muss ein Konzept vom Investor vorgelegt werden.

Herr Baranowski:

Es sind noch viele Fragen offen. Die Stadt ist dann nicht der Betreiber. Wie fügt es sich ins Gesamtkonzept ein? Es sollte keine Verbauung der Perspektiven erfolgen. Wie ist die Finanzierung?

Herr Zurawski:

Der Grundgedanke war, dass der Schandfleck verschwindet. Die Stadt wird sich finanziell einbringen müssen. Wir brauchen Informationen. Mahnendes Beispiel ist der Bahnhof Wünsdorf. Wir können uns in der SVV über dieses Projekt unterhalten. Der Zeitplan für dieses Projekt ist ein Unding.

Herr Preuß:

Konzept und Finanzierung können wir nicht unbedingt trennen. Bei der Konzeption müssen wir darauf achten, dass wir uns nicht selbst ein Bein stellen. Ich bin auch dafür, dass die Stadt für bestimmte Projekte in Vorkasse geht. Wichtig ist, dass die Unterhaltung des Gebäudes sich finanziert. Da haben wir noch keine Aussage von der Stadt. Wir brauchen konkrete Namen, Absichtserklärungen. An der Außenhülle kann man schon was machen. Erhalten wir für eine energetische Gebäudemodernisierung Fördermittel? Eine Einteilung in Bauphasen sollte erfolgen. Wir brauchen einen Ablaufplan. Ich würde dafür plädieren, dem vorliegenden Beschlussvorschlag in der Form nicht zuzustimmen.

Es wäre ein Freibrief.

Herr Schulz:

Das Konzept ist in Ordnung. Potenzielle Betreiber müssen gefunden werden. Die Außenhülle, wie Dach und Fassade müssen in ordentlichem Zustand hergestellt werden. Der Betreiber muss sich dann die Räume selbst herrichten. Es sollte nicht einfach drauf los gebaut werden.

Herr Zurawski:

Die Aussage des Herrn Preuß finde ich gut. Wenn Haushaltsmittel eingestellt werden sollen, dann müssen wir sagen, was wir wollen. Vom Prinzip her sind wir uns fast einig. Wir wollen es.

Herr Käthe:

Die Bürgermeisterin hatte mir mal gesagt, dass sie nur wissen will von den Ausschüssen, ob die Vorschläge so richtig sind. Die SVV muss hinter dem Konzept stehen.

Herr Preuß:

Die Konzeption wird von allen getragen. Die Bürgermeisterin kann in der Richtung weiterarbeiten. Die Finanzierung ist noch unklar. Umsetzung kann nicht beschlossen werden.

Herr Schulz:

Der Projektvorschlag ist es wert weiter darüber zu diskutieren. Die Berechnung, Belegung, Auslastung usw. muss auf den Tisch.

Herr Preuß:

Das muss alles abgeklärt werden. Schulklassen könnten das Rucksackhotel nutzen. Bis Berlin ist es nicht weit mit der Bahn.

Herr Tschorn:

Ich würde eine Zurückstellung empfehlen bis wir Antworten von der Verwaltung erhalten.

Herr Schulz:

Ich bin nicht gegen das Konzept. Ich muss wissen, was soll von den 1,2 Mio € gebaut werden. Ist die Bürgermeisterin etwa der Meinung das selbst zu machen? Ich möchte, dass wir den gelben Bereich machen. Ich möchte nicht, dass die Stadt Gastronomie und Hotel einrichtet.

Herr Preuß:

Die Ansätze für das Konzept sind gut. Wir fordern die Stadt auf, an diesem Konzept weiter zu arbeiten und weiter zu konkretisieren. Die im Protokoll aufgeführten Fragen müssen geklärt werden.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

Abstimmung: Empfehlung 159/08 0 / 3 / 1

zu 12 **Anträge von Fraktionen**

zu 12.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.12.2008: Umsetzung des Projektes "Panoramaweg Zossen - Mühlenberge" Vorlage: 154/08**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Stadt Zossen legt einen Wanderweg gemäß der Planung des Projektes „Panoramaweg Zossen – Mühlenberge“ an.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zum Zwecke des Erwerbs des in der Gemarkung Zossen gelegenen Grundstücks Flur 4, Flurstück 121, Verhandlungen über den Abschluss eines Grundstückstauschvertrages aufzunehmen.

Herr Preuß:

Der Antrag wurde in der letzten Legislaturperiode beanstandet. Die Frage nach den Eigentumsverhältnissen kam auf. Die Beschlussvorlage wurde zurückgenommen. Den Beschluss haben wir umformuliert. Das Problem mit dem Grundstück liegt weiter zurück.

Herr Preuß geht in die Geschichte ein.

Herr Preuß:

Das trifft nicht nur Herrn Grahl, sondern viele Eigentümer. Der Grundstückstausch sollte wegen der Infrastrukturmaßnahme erfolgen. Ich plädiere für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Herr Grahl:

Bis jetzt hatte ich nur Ausgaben (Vermessung). Wenn es jetzt so kommt, bin ich damit einverstanden.

Herr Zurawski:

Besteht denn die Möglichkeit zum Tausch? Auch das muss im Haushalt 2009 berücksichtigt werden.

Herr Preuß:

Da muss die Stadt schauen. Das ist Verhandlungssache.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

zu 12.2 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - FDP vom 25.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 01.12.2008:

Kontaktaufnahme mit allen von der Deponie Weinberge betroffenen Grundstückseigentümern und Verhandlungen zu einem Grundstückstausch aufnehmen

Vorlage: 158/08

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Vorbereitung einer möglichen touristischen Nutzung der rekultivierten Deponie Weinberge in Zossen (z. B. Panoramaweg) wird die Stadtverwaltung der Stadt Zossen aufgefordert, mit allen von der Deponie betroffenen Grundstückseigentümern Kontakt aufzunehmen und Verhandlungen zu einem Grundstückstausch aufzunehmen. Basis eines solchen Tausches wäre der Wert und nicht die Größe der jeweiligen Grundstücke.

Herr Preuß:

Hier soll mit allen Grundstückseigentümern gesprochen werden.

Herr Baranowski:

Je, wie man den Tausch gestaltet, muss das für die Stadt keine Auswirkungen haben. Das Gebiet kann man noch ganz anders entwickeln.

Herr Preuß:

Wir haben dort Streuobstwiesen und auf dem Papier einen Weinberg. Nach der Rekultivierung ist die Deponie schon kleiner geworden. Auf einem Teil befindet sich eine Streuobstwiese. Eon.edis hat diese Fläche als Ausgleichsmaßnahme genutzt. Es wurden dort alte Obstsorten angepflanzt. Vielleicht kann man später die Rinder von Herrn Czaja nutzen, um die Fläche freizuhalten. Es wäre eine tolle Sache, wenn noch Grund und

Boden zur Verfügung stünde. Vorsicht ist geboten, den Flächentausch auf der Grundlage von Deponien vornehmen zu wollen.

Herr Schulz:

Ich begrüße diese Maßnahme. Dort ist der Schnittpunkt zu verschiedenen Wanderwegen. Beschlussvorlage 158/08 muss umformuliert werden. Erst ein Konzept machen und danach versuchen die entsprechenden Grundstücke zu tauschen.

Herr Zurawski:

In Wünsdorf wurden auch Wanderwege angelegt. In der Zwischenzeit sind sie schon wieder zugewachsen. Auch an die spätere Pflege muss gedacht werden.

Herr Preuß:

Beschlussvorlage 158/08 wird zurückgestellt und der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, ein touristisches Konzept für den Bereich der Deponie Weinberge vorzulegen.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

**zu 12.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.12.2008:
Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes
Vorlage: 155/08**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Leistungsbeschreibung für eine Stadtentwicklungskonzeption „Zossen 2025“ zu erstellen.
Die Stadtentwicklungskonzeption soll mindestens folgende Fachkonzepte bzw. Gliederungspunkte beinhalten:
 - Fachkonzept Wohnen
 - Fachkonzept Wirtschaft und Beschäftigung
 - Fachkonzept Einzelhandel
 - Fachkonzept Umwelt und Energie
 - Fachkonzept Bildung und Erziehung (Kitas, Schulen, Bibliotheken ...)
 - Fachkonzept Soziales (als fachübergreifendes Konzept)
 - Fachkonzept Tourismus
 - Fachkonzept Kultur
 - Fachkonzept Verkehr und Technische Infrastruktur
 - Fachkonzept Sport
 - Visualisierung und Vorstellung der Ergebnisse
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Fördermöglichkeiten für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes zu prüfen und Preisabfragen für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes gemäß der erarbeiteten Leistungsbeschreibung bei dafür geeigneten Büros vorzunehmen.
3. Die Leistungsbeschreibung und eine Kostenkalkulation, die sich auf die Preisabfragen stützt, sind der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Herr Preuß erläutert den Beschlussantrag. Er betont, dass in Zukunft planvoll an die Aufgaben herangegangen werden muss.

Herr Schulz:

Das Konzept zieht sich wie ein roter Faden durch sämtliche Ausschüsse der Stadt. Bisher wurde es für nicht notwendig angesehen, die Kosten für ein solches Projekt auszugeben. Im jährlichen Haushalt müssen dann die Mittel eingestellt werden. Wohin wollen wir, Wohnstadt, Gewerbegebiet, touristische Entwicklung? Sehr viele Sachen sind dann vorgeschrieben.

Herr Dr. Reinecke:

Ein Konzept würde auch Initiativen freisetzen. Viele Leute würden sich damit identifizieren, wie die Stadt z.B. 2025 aussieht und wir wissen, in welchem Rahmen wir uns entwickeln. Deshalb finde ich den Vorschlag gut.

Herr Preuß:

Herr Markwardt machte den Vorschlag, ein Model aufzustellen. Die Stadt sollte eine Art Leistungsverzeichnis aufstellen. Danach kann gesagt werden, können wir uns das leisten oder nicht.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

Carsten Preuß
Ausschussvorsitzender

Evelyn Diebert
Protokollantin